

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit des Wandels. Das Klima verändert sich in einem Tempo, das einem bange werden lässt. Die demografische Entwicklung erschüttert unser altbewährtes System der sozialen Sicherung in den Fugen. EU-Politik und Globalisierung zeichnen den Arbeitsmarkt und viele andere Politikfelder. Wir müssen dem Globalisierungs-Wahnsinn Einhalt gebieten. Es kann und darf z. B. nicht sein, dass Schülertransporte seitens des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe europaweit ausgeschrieben werden müssen.

In diesem Wandel rechtzeitig die Weichen für die Zukunft zu stellen, das ist heute die große Herausforderung – auch auf kommunaler Ebene.

Erstmals im Jahr 2007 stand in einem UN-Umweltbericht: „Es ist erwiesen, dass die Klimaänderungen auf menschliche Aktivitäten zurückgehen, und es gilt alles daran zu setzen, dass eine Erderwärmung um 2 Grad Celsius nicht überschritten wird.“

Es gilt zu handeln, und zwar sofort. In Bund und Land und der Kommune.

„Alle unsere Entscheidungen müssen dem Prinzip der Nachhaltigkeit unterworfen werden. Wir sind vor dem Hintergrund existenzbedrohender Klimaveränderungen, deren Auswirkungen wir wöchentlich, ja täglich spüren, dazu verpflichtet.“

Der sich abspielende Klimawandel wird in den nächsten Jahrzehnten weit reichende Folgen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und fast alle Politikbereiche haben. Und deshalb wird er auch unseren kommunalen Haushalt zunehmend bestimmen. Hoffentlich gelingt es uns, rechtzeitig die Weichen zu stellen und die sich anbahnenden Veränderungen zu kontrollieren.

Insbesondere für unsere Wirtschaft bietet dies jedoch eine nicht zu unterschätzende Chance. Durch den Ausbau der regenerativen Energiegewinnung können so noch nicht absehbare Ressourcen geschaffen werden.

Erfreut haben wir registriert, dass unser Antrag zum Klimaschutz, den wir im vergangenen Jahr gestellt haben, auch bei den anderen Ratsmitgliedern, zumindest teilweise ein positives Echo gefunden hat.

Unsere Forderungen finden Gehör, das ist gut.

Was hiervon umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Nun aber zu dem eigentlichen Haushalt:

Im Fachbereich 2 Bürgerservice Öffentliche Ordnung gibt es im Haushaltsansatz für 2008 einen gegenüber 2007 erhöhten Zuschussbedarf in Höhe von 334.261,-- Euro. Ein zunächst einmal unerklärlich hoher Betrag, der sich bei näherem Hinsehen jedoch wieder relativiert. So entfallen allein 187.000,-- Euro des Defizites auf erwartete Erträge aus der Erbschaft Mix, die bereits im Haushalt 2007 komplett veranschlagt wurden, bisher jedoch nicht komplett erzielt werden konnten.

Zwei weitere große Posten entfallen auf den Bereich „Forsten“, der auch in 2008 noch mit den Folgen und daraus resultierenden Kosten von Kyrill zu kämpfen hat, sowie die nicht vorhersehbaren zusätzlichen Personalkosten im Bereich „Verkehr“.

Als durchaus positiv bewerten wir als Fraktion von B90/Die Grünen den weiteren naturnahen Ausbau der Ruhr sowie die Planungsmaßnahmen für Neger, Elpe und Gierskopp zur naturnahen Gewässerentwicklung.

Bei den weiteren Aufforstungsmaßnahmen nach Kyrill appellieren wir sowohl an die Stadtverwaltung als auch die privaten Forstbesitzer, auf eine nachhaltige Aufforstung zu setzen, wohl wissend das dies eine Menge Zeit und Geduld erfordert und sicher auch oftmals kurz- und mittelfristig einen wirtschaftlichen Nachteil bedeuten kann. Vielleicht könnte auch die Stadt Brilon mit ihrem Bürgerwald als Beispiel für eine kostengünstige Wiederaufforstung dienen.

Die Änderung des Kinderbildungsgesetzes stellt die Kommune vor eine gewaltige Herausforderung.

Bereits unter der rot-grünen Landesregierung haben die GRÜNEN die Diskussion über mehr Qualität im Bereich der Kindererziehung angestoßen und die Notwendigkeit von Reformen im Gesetz über die Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) eingefordert.

Was aber nun nach dem Machtwechsel in Düsseldorf als eine der großen "Reformen" der neuen CDU/FDP-Mehrheit im Land angekündigt wurde, ist das genaue Gegenteil.

Mittlerweile regt sich bei allen vom Gesetz Betroffenen Widerstand und Kritik, seien es Kirchen und andere Träger, Gewerkschaften oder Eltern- und Erzieherverbände.

Für uns aus kommunaler Sicht ist besonders gravierend, dass wir in der Stadt Olsberg die negativen Folgen der Landespolitik hier vor Ort "ausbaden" müssen. So geht die Landesregierung davon aus, dass Elternbeiträge deutlich erhöht werden. Die Stadt wäre außerdem gezwungen, die freiwilligen Zuschüsse an die Träger der Kindertageseinrichtungen zu erhöhen, wenn verhindert werden soll, dass Gruppen geschlossen werden oder Personal entlassen wird. Das ist aber angesichts der Haushaltslage der Stadt nicht machbar.

Hatten die Kommunen sich von einer Neuregelung des Gesetzes Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) eine Vereinfachung und bessere örtliche Planbarkeit versprochen, sehen sie sich jetzt vor einem Berg von ungelösten Problemen. Von Vereinfachung keine Spur, im Gegenteil kommen auf die Kommunen neue finanzielle und organisatorische Probleme zu, die sich nicht "mal eben" lösen lassen, sondern eine Vielzahl von Einzelabstimmungen und Verträgen mit Trägern von Einrichtungen notwendig machen.

Die Betreuung für unter Dreijährige soll weiter ausgebaut werden. Ziel ist, dass es bis zum Jahr 2009 für mindestens 20% der Kleinsten bis drei Jahre einen Betreuungsplatz gibt. Das ist auch angesichts der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wünschenswert. Viele Menschen sind trotzdem unzufrieden, vor allem auch mit den Elternbeiträgen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge ist wohl in Zukunft unumgänglich.

Die Bürger wünschen sich jedoch eine stärkere Entlastung der Familien mit Kindern. Das können wir sehr gut nachvollziehen, müssen aber auf die Verantwortung von

Bund und Land verweisen, die zwar in Sonntagsreden immer neue Hoffnungen und Ansprüche bei der Bevölkerung wecken, die Erfüllung und die Kosten dieser Maßnahmen aber auf die Kommunen schieben.

Es muss langsam in die Köpfe der Landespolitiker, dass die vorschulischen Einrichtungen keine Verwahranstalten sondern Bildungseinrichtungen sind. Die Qualität der vorschulischen Bildung entscheidet maßgeblich über Leistungs- und Entwicklungspotentiale der Generation von morgen. Die Bildung liegt immer noch im Verantwortungsbereich der Länder und nicht der Kommunen.

Solange keine konkreten Zahlen feststehen, ist eine Planung nicht möglich. Diese Zahlen müssen so schnell wie möglich genannt werden, damit realistisch und zeitnah auf diese neuen Herausforderungen reagiert werden kann.

”Investitionen in Köpfe statt in Beton!” – das sollte unsere Forderung sein. Investitionen in Bildung, Ausbildung und nachhaltige Technologie – das ist die Zukunft!

Da in den Grundschulen die wesentlichen Grundlagen für die späteren schulischen Leistungen und für die persönliche Entwicklung gelegt werden, müssen dort die Möglichkeiten, auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen, nachhaltig verbessert werden. Die Stadt Olsberg ist auf einem guten Weg, dass alle Grundschulen in Zukunft mit einem Ganztagsangebot aufwarten können. Dies ist jedoch kein Verdienst dieser Landesregierung, sondern das der damaligen rot-grünen Landesregierung, die die offene Ganztagschule bereits 2003/2004 in NRW einführte.

Eine Menge Geld wurde und wird in die Schulen investiert, aber diese Ausgaben sind die besten Zukunftsinvestitionen, die die Stadt überhaupt tätigen kann.

Auf Grund der zurzeit noch ungeklärten Schulsituation der Grundschulen in Elleringhausen und Bruchhausen, sollten die für den Standort Bruchhausen vorgesehenen Sanierungen, bis zu einer endgültigen Entscheidung zurückgestellt werden

Hierzu ist noch zu sagen, dass die Partei Bündnis90/Die Grünen bereits bei der Auflösung der Schulbezirke im Jahr 2007 durch die Landesregierung NRW darauf hingewiesen hat, dass für viele Grundschulen diese Situation eintreffen könne, da eine Statistik über die Entwicklung der Schülerzahlen Makulatur ist, da der Elternwille nicht planbar ist.

Ein gutes Beispiel ist hierfür die Grundschule Wiemeringhausen, die auf Grund der Tatsache, dass nicht alle Schüler hier angemeldet wurden, die lt. Statistiken eingeplant waren, vor einer völligen Umstrukturierung, wenn nicht sogar vor der Schließung steht. Dies ist insbesondere umso bedauerlicher, als im Kindergarten Wiemeringhausen vorbildliche Arbeit in Zusammenarbeit mit der Grundschule geleistet wird, insbesondere auch im Rahmen der Integration von ausländischen Kindern.

Äußerst positiv sind die Betreuungsangebote in den Grundschulen; die Einführung 13+ und der offenen Ganztagschulen zu bewerten. Hier wäre eine Erweiterung auf die weiterführenden Schulen wünschenswert.

Bei einem Schulzusammenschluss der Grundschulen Olsberg/Wiemeringhausen und Bruchhausen/Elleringhausen, muss dieses Angebot unbedingt erhalten werden.

Zum Fachbereich 3: Bauen und Stadtentwicklung

Der weitere Ausbau der Radwege zwischen Assinghausen und Wiemeringhausen und zwischen Bigge und Gevelinghausen ist äußerst begrüßenswert.

Der am vergangenen Wochenende in der Westfalenpost erschienene Leserbrief einer Reisenden nach Olsberg zeigt das derzeitige und hoffentlich sich nicht in den kommenden Jahren fortsetzende Dilemma des neuen Bahnhofsgeländes. Durch nicht behindertengerechte Einrichtungen (hier ist insbesondere der nicht behindertengerecht gestaltete Bahnsteig zu nennen), vergraulen wir unsere Gäste. Dies wäre besonders im Hinblick auf das „Aqua Olsberg“ sehr bedauerenswert.

Was in der Umweltpolitik richtig ist, gilt auch für den Haushalt. Mit begrenzten Ressourcen müssen wir schonend umgehen. Wir sollten nicht nur immer mehr Geld ausgeben, sondern wir müssen vor allem das Geld intelligenter investieren.

Hierfür möchte ich einige Beispiele nennen:

Als erstes Beispiel ist hier wieder der Klimaschutz zu erwähnen:

Wie wir schon in unserem oben angeführten Antrag bemerkt haben, wird es eines besonderen Kraftaktes „aller“ bedürfen, unsere Erde vor dem Klimakollaps zu retten. Dies sollten wir bereits in all unseren zukünftigen Planungen berücksichtigen.

Ein zweites Beispiel für eine intelligente Investition ist die Förderung der Jugend in der Stadt Olsberg. Speziell die Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren werden vernachlässigt. Trotz teiloffener Tür, und einigen Bolzplätzen und diversen Vereinsangeboten gibt es noch eine große Zahl von Jugendlichen, für die unsere bisherigen Angebote nicht reichen. Mit ein wenig mehr Investitionen, vor allem im Personalbereich und in der Schaffung von Örtlichkeiten könnte für unsere Stadt nicht nur eine sofortige Verbesserung erreicht werden, sondern wir würden uns auch zukünftige Sozialausgaben in erheblichem Umfang sparen.

Dies ist auch im Hinblick auf den demographischen Wandel erforderlich.

Will die Stadt Olsberg für Familien attraktiv bleiben, muss neben dem Ausbau der Kinderbetreuung auch die Attraktivität für Jugendliche erhöht werden. Wir beantragen die Schaffung eines Bolzplatzes und/oder eines Skaterparks für die Kernstadt Olsberg.

Wir müssen uns, wenn's dem ein oder anderen hier auch schwer fällt, damit abfinden, dass es auch Jugendliche gibt, die außerhalb verbandlicher Strukturen ihren Interessen und Freizeitaktivitäten nachgehen möchten.

Mit einer Erhöhung der Zuschüsse um 300 € für die Jugendarbeit ist es nicht getan, wenngleich es natürlich ein guter Anfang ist. (wir haben eine Erhöhung dieser Leistungen für Jugendliche und Senioren bereits seit 10 Jahren immer wieder gefordert! Sie war also mehr als überfällig!)

Weiterer Schwerpunkt bei dem sich vollziehenden demographischen Wandel, ist die Seniorenarbeit. Hier ist das neu zu gründende Netzwerk „ZWAR“. (die Abkürzung ZWAR steht für „Zwischen Arbeit und Ruhestand“) sehr begrüßenswert. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie erfolgreich die hierin vernetzten Mitarbeiter ihre Arbeit ausführen können. Der Erfolg ist sicher auch abhängig u. a. von der finanziellen Unterstützung seitens der Stadt Olsberg.

Als letztes Beispiel für eine intelligente Investition ist das Umdenken in der Wohnungsbaupolitik zu nennen.

Bei den weiteren Planungen sollte berücksichtigt werden, dass z. B. eine Wohnanlage für Mehrgenerationswohnen ein Ansatz wäre, auf den demografischen Wandel zu reagieren. Es ist unverzichtbar bei allen weiteren Planungen barrierefreie und behindertengerechte Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

Es wäre wünschenswert, wenn Familien mit Kindern und Jugendlichen durch attraktive Angebote das Wohnen in Olsberg als attraktiv empfinden würden und hierdurch dauerhaft in der Stadt wohnen blieben.

Nach wie vor sorgenvoll stimmt uns die überaus hohe Verschuldung. Hier hilft auch nicht viel weiter, dass a. G. eines Ratsbeschlusses, die Neuverschuldung hinter der Entschuldungsquote zurückbleiben muss. Dies ist sicher ein frommer Wunsch. Wie dieser jedoch aufrecht erhalten werden kann, wenn die Investitionen nach Fertigstellung der Ortsumgehung anstehen, ist uns noch nicht klar.

Wir haben derzeit eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.078 €. Dies hört sich nicht allzu viel an. Auf alle Einwohner zusammen entfallen jedoch insgesamt 17.083.650 €. Ob tatsächlich der Schuldenabbau, wie in der Grafik auf Seite 50 des Haushaltsbuches abgebildet, in den kommenden Jahren stattfinden kann, darf angesichts der Investitionen, die die Stadt Olsberg auf Grund des Neubaus der Umgehungsstraße noch zu tätigen hat und der sich abzeichnenden abschwächenden Konjunktur so wie der damit unmittelbar zusammenhängenden Gewerbesteuereinnahmen, doch arg bezweifelt werden..

Für die Zukunft ist es wichtig, dass sich nicht wieder ein Sanierungsstau wie in den vergangenen Jahren aufbaut, damit die Stadt Olsberg wieder einen größeren Handlungsspielraum bekommt.

Hinsichtlich der Steigerung der Personalkosten ist mit 2,9% eindeutig zu niedrig kalkuliert worden. Diese werden sich nach dem jetzigen Stand noch einmal erheblich erhöhen, da bereits seitens der öffentlichen Arbeitgeber ein Angebot über eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten i. H. v. 5% vorgelegt wurde. Und dies wird nicht ausreichen, wie die heute begonnenen Warnstreiks andeuten.

Abschließend sei noch gesagt:

Für den Gegenwartskonsum dürfen keine weiteren Schulden gemacht werden, weil sie weitere wachsende Zinslasten bedeuten. Es ist unmoralisch, wenn diese Kosten von heute den Generationen von morgen aufgebürdet werden. Auf Dauer muss gelten: Tilgung der Schulden, weniger Zinsen, mehr Gestaltungsfreiheit für die Zukunft.

Dieses Zitat stammt übrigens nicht von uns, sondern es steht auf Seite 32 des CSU-Grundsatzprogrammes und die CSU steht ja nun nicht gerade im Verdacht, eine Freundin grüner Politik zu sein.

Wir hoffen auf eine weitere gute und konstruktive Zusammenarbeit. Die Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN wird dem vorliegenden Haushalt trotz der geäußerten Bedenken zustimmen.